Energie-Kommune

Bremen will Klimaneutralität bis 2038

[15.06.2026] Bremen möchte seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2038 um 95 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. So sieht es die Klimaschutzstrategie des Landes vor. Dafür wurde sie jetzt von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energie-Kommune des Monats Juni ausgezeichnet.

Bremen verfolgt eigenen Angaben zufolge die ehrgeizigsten Klimaziele aller Bundesländer. Die Freie Hansestadt will bis 2038 klimaneutral werden. Das bedeutet, dass die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 95 Prozent sinken sollen. Übrig blieben dann noch 0,67 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente pro Jahr. Dafür wurde sie von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energie-Kommune des Monats Juni ausgezeichnet.

Grundlage dafür ist das Bremische Klimaschutz- und Energiegesetz. Es gilt seit 2015 und legt verbindliche Zwischenziele fest. Auf dieser Basis beschloss der Senat im Jahr 2022 die Klimaschutzstrategie 2038 sowie ein Landesprogramm Klimaschutz, ein Finanzierungskonzept und einen fortgeschriebenen Aktionsplan.

Ein verpflichtender Klimacheck prüft inzwischen laut Senat alle Vorlagen der Landesregierung auf ihre Auswirkungen für die Umwelt. Bürgermeister Andreas Bovenschulte sagt dazu: „Der Klimacheck soll das Bewusstsein schärfen, damit Klimaschutz bei allen Entscheidungen der Fachressorts berücksichtigt wird. Er soll dazu beitragen, dass klimafreundliche Alternativen bereits in die Planungen einbezogen werden."

Viele Maßnahmen geplant

Der Aktionsplan Klimaschutz umfasst 247 Maßnahmen. Davon entfallen 101 auf das Land Bremen, 59 auf die Stadt Bremen und 87 auf Bremerhaven. Die Vorhaben betreffen die Bereiche Energieversorgung, Gebäude, Industrie, Mobilität, Bildung sowie Konsum und Ernährung.

Laut Senat liegt ein Schwerpunkt auf den Bereichen Verkehr und Gebäude. In diesen Bereichen stagnieren die Emissionen bundesweit seit Jahren.

Zu den bereits umgesetzten Maßnahmen zählen der Kohleausstieg im Jahr 2024, der Ausbau der Fernwärme, die Einführung einer Photovoltaik-Pflicht, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude sowie die Umstellung des öffentlichen Personennahverkehrs auf klimaneutrale Antriebe. Derzeit befinden sich mehr als 150 Maßnahmen in der Umsetzung und knapp 50 weitere in Vorbereitung. Der Fortschritt wird auf einer Internetplattform sowie in regelmäßigen Monitoringberichten veröffentlicht.

Kritik an Finanzierung und Industrieumbau

Seit 2024 begleitet ein unabhängiger Sachverständigenrat die Klimapolitik des Landes. Das Gremium analysiert die Fortschritte und kann eigene Vorschläge vorlegen.

In seiner ersten Stellungnahme bewertet der Rat den Aktionsplan grundsätzlich positiv. Zugleich weisen die Fachleute auf Verzögerungen, nicht ausreichend wirksame Maßnahmen und eine teils unklare Finanzierung hin. Sie empfehlen, Vorhaben stärker zu priorisieren und zu größeren Projekten zu bündeln.

Auch eine Wirkungsanalyse des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg aus dem Jahr 2026 sieht Nachbesserungsbedarf. Demnach werden die bislang geplanten Maßnahmen voraussichtlich nicht ausreichen, um das Ziel von 95 Prozent Emissionsminderung zu erreichen. Selbst bei vollständiger Umsetzung seien nur 85 bis 90 Prozent möglich.

Als entscheidend gilt die Dekarbonisierung der Stahlindustrie. Sie ist der größte Hebel für den Klimaschutz in Bremen. Für den Umbau des Stahlwerks hatte Bremen rund 250 Millionen Euro bereitgestellt. Der Bund sagte fast 600 Millionen Euro zu.

Ein wichtiger Baustein der künftigen Energieversorgung soll das Wasserstoffkernnetz werden. Es soll große Erzeugungs- und Verbrauchsstandorte mit Wasserstoff versorgen.

Neues Quartier mit Flusswasser-Wärmepumpe

Ein Beispiel für die Umsetzung der Klimastrategie ist die Überseeinsel in Bremen. Auf dem ehemaligen Kellogg’s-Gelände entsteht seit 2019 ein neues Stadtquartier. Die Wärme- und Kälteversorgung erfolgt seit Mai 2025 über eine Flusswasser-Wärmepumpe, die Energie aus der Weser nutzt. Sie versorgt rund 600 Haushalte sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Das System wird durch einen Wärmespeicher, Photovoltaikanlagen und Strom aus regionalen Windparks ergänzt. Im Sommer dient ein Kältespeicher zur Gebäudekühlung. Im Winter kann eine vereiste Fläche als öffentliche Eislaufbahn genutzt werden.

Das Mobilitätskonzept setzt auf Fuß- und Radverkehr. Parkplätze befinden sich in zentralen Quartiersgaragen. In einem Mobilitätszentrum werden Carsharing-Angebote, Ladeinfrastruktur sowie Leihfahrräder und E-Lastenräder gebündelt.

Ausbau von Windkraft und Solarenergie

Nach eigenen Angaben hat das Land Bremen das bundesweite Flächenziel für Windenergie bereits erreicht. Derzeit sind 88 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 191 Megawatt in Betrieb. Ende 2025 gab es zudem rund 15.500 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 188 Megawatt Peak. Darunter befinden sich etwa 6.300 Balkonkraftwerke. Zusammen mit dem Wasserkraftwerk am Weserwehr decken Windkraft, Solarenergie und Wasserkraft rund 41 Prozent des häuslichen Strombedarfs in Bremen.

Für die Wärmeversorgung haben Bremen und Bremerhaven kommunale Wärmepläne beschlossen. Wärmenetze sollen dabei künftig eine zentrale Rolle spielen. Ergänzend sind dezentrale Wärmepumpen vorgesehen. Außerhalb geplanter Wärmenetze setzt Bremen auch auf genossenschaftliche Modelle. So plant die Energiegenossenschaft ErdwärmeDich beispielsweise kalte Nahwärmenetze. Ein Pilotprojekt im Bereich der Humboldtstraße soll noch 2026 starten.

(ur)

Stichwörter: Klimaschutz, AEE, Bremen, Energie-Kommune